## Empfehlung

zum Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg

#### I. Vorbemerkung

In den Empfehlungen zum neunten Rahmenplan hat der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme zu den in Lüneburg geplanten Vorhaben zurückgestellt. Der Ausbauausschuß des Wissenschaftsrates hat sich bei seinem Besuch in Lüneburg am 13.7.1979 über die Vorstellungen des Landes zum Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg informiert. Die nachfolgende Empfehlung ist nach Beratungen im Ausbauausschuß und in den Kommissionen des Wissenschaftsrates am 25.1.1980 vom Wissenschaftsrat verabschiedet worden.

## II. Ausgangslage

### II. 1. Hochschule Lüneburg

Lüneburg ist Sitz der aus einer Abteilung der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Niedersachsen hervorgegangenen Hochschule Lüneburg, die seit 1978 die Rechtsstellung einer selbständigen wissenschaftlichen Hochschule hat und das Promotionsrecht besitzt. An der Hochschule werden gegenwärtig Studiengänge für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen (Regelstudienzeit sechs Semester) und der Diplomstudiengang Pädagogik (Regelstudienzeit acht Semester) angeboten. Dieser Studiengang soll in einen Aufbaustudiengang umgewandelt werden.

Der Hochschule stehen die Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule am Wilschenbrucher Weg mit einem Flächenbestand von rund 7.200 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche zur Verfügung; dies entspricht rund 930 flächenbezogenen Studienplätzen (nach dem Flächenrichtwert für Pädagogische Hochschulen).

1979 waren 1.001 Studenten in Lüneburg immatrikuliert, darunter knapp 700 in einem Lehramtsstudiengang und insgesamt 183 Studienanfänger (erstes Hochschulsemester). Nachdem die Studenten- und Studienanfängerzahlen bis 1973/74 gestiegen waren, ist seitdem ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen. Gegenüber 1974 ist die Zahl der Studienanfänger bis 1979 auf die Hälfte zurückgegangen. Dieser Rückgang in der Zahl der Lehramtsstudenten beruht auf der veränderten Beschäftigungslage für Lehrer und wurde teilweise auch durch eine Begrenzung der Zulassungszahlen und die Nichtwiederbesetzung von Stellen beeinflußt. Eine Gegenüberstellung der Zahlen von Studenten und Studienplätzen zeigt, daß die Raumkapazitäten der Hochschule zur Zeit rechnerisch ausgelastet sind. Die gesunkenen Studienanfängerzahlen der letzten Jahre werden jedoch zur Folge haben, daß in den kommenden Jahren die Auslastung der Raumkapazitäten rückläufig sein wird.

#### II. 2. Fachhochschule Nordostniedersachsen

Mit der Fachhochschule Nordostniedersachsen ist eine weitere Hochschuleinrichtung in der Region Lüneburg ansässig. Die Fachhochschule ist 1971 aus den ehemaligen Staatlichen Ingenieurakademien für Bauwesen in Buxtehude und für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik in Suderburg gebildet worden. Die Fachhochschule bietet sechssemestrige Studiengänge des Bau-

wesens und der Architektur in Buxtehude und des Bauwesens (Wasserwirtschaft und Kulturtechnik) in Suderburg an. Neu hinzugekommen sind 1978 die Studiengänge Sozialwesen und Wirtschaft am Standort Lüneburg.

Die Fachhochschule Nordostniedersachsen verfügt über die Einrichtungen der Vorgängerinstitutionen in Buxtehude und Suderburg mit zusammen rund 7.200 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche sowie am neuen Standort Lüneburg über 1.060 m<sup>2</sup> in angemieteten Räumen. Die Mieträume sollen nach Errichtung des Neubaus für die Studiengänge Sozialwesen und Wirtschaft mit knapp 3.200 m<sup>2</sup> Hauptnutzfläche aufgegeben werden. Der Zustand der noch aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Gebäude in Buxtehude ist schlecht. Die weitere Nutzung der Einrichtungen kann nur als Übergangslösung angesehen werden. Der Standort Suderburg verfügt dagegen über eine Raumausstattung, die auch eine längerfristige Nutzung als Standort der Fachrichtung Wasserwirtschaft und Kulturtechnik zuläßt. In Suderburg sind lediglich kleinere Ergänzungsbaumaßnahmen (Labore, Erweiterung Mensa) erforderlich, um die Qualität der Ausbildung zu sichern. Im Hinblick auf frühere Planungen des Landes zur Verlegung des Fachbereichs nach Lüneburg ist ein 1969 geplanter zweiter Bauabschnitt des Neubaus der Fachhochschule am Standort Suderburg zurückgestellt worden. Dieser Bauabschnitt enthielt im wesentlichen Laborflächen.

1979 waren 677 Studenten an der Fachhochschule immatrikuliert. Während in den neuen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen 133 Studienanfänger begannen, waren es in den Ingenieurwissenschaften 105 (jeweils 1979, erstes Hochschulsemester). Im Fachbereich Sozialwesen bestehen Zulassungsbeschränkungen. Die Zahl der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften stagniert seit mehreren Jahren. Die Raumkapazitäten für die Ingenieurwissenschaften sind, gemessen an der Studentenzahl, nur knapp ausgelastet.

## II. 3. Modellversuch Gesamthochschule Lüneburg

Der Niedersächsische Landtag hat 1978 beschlossen, in Lüneburg einen bis 1988 befristeten Modellversuch zur Errichtung einer Gesamthochschule durchzuführen. Der Entwurf des Errichtungsgesetzes befindet sich in der parlamentarischen Beratung.

Die Gesamthochschule soll die bisher selbständigen Hochschuleinrichtungen in Lüneburg zu einer Institution zusammenschliessen. Kern des Modellversuchs sind konsekutive Studiengänge: dreijährige Studiengänge, die zu berufsqualifizierenden Abschlüssen (Wertigkeit entsprechend den Abschlüssen an Fachhochschulen) führen und darauf bezogene Aufbaustudiengänge von zwei Jahren, die zum Diplom führen und in ihrer Wertigkeit den Diplomabschlüssen an Universitäten entsprechen sollen. Für die Lehramtsstudiengänge, die in der bisherigen Form weitergeführt werden sollen, ist ebenfalls ein Aufbaustudium in Erziehungswissenschaften vorgesehen. Der bisherige grundständige Studiengang zum Diplom-Pädagogen soll dagegen nicht weitergeführt werden.

Ferner ist geplant, einen grundständigen Diplomstudiengang Psychologie einzurichten. Angesichts bundesweit festgelegter Inhalte und Strukturen des Psychologiestudiums soll dieser Studiengang nicht konsekutiv aufgebaut werden. Im Studiengang Sozialpädagogik ist im Anschluß an das dreijährige Grundstudium ein einjähriges Praktikum (Anerkennungsjahr) sowie anschließend die Möglichkeit eines zweijährigen Aufbaustudienganges vorgesehen.

## III. Ausbauplanung

### III. 1. Ausbauziele

Im Endausbau sehen die Planungen rund 4.000 flächenbezogene Studienplätze vor. Die nachfolgende Übersicht weist die geplanten Studiengänge und die vorgesehenen Studienplätze aus.

Übersicht über das geplante Studienangebot an der Gesamthochschule Lüneburg

Fachrichtung/Studiengang	Art/Abschluß	Studiendauer		e Studienplätze   davon vorhanden1)
3	<del> </del>	in Jahren	geplant	davon vorhanden.
Geisteswissenschaften			1.970	946
davon: Geisteswissenschaften	Grund-, Lehramt Hauptsch.	.5) 3	450	680 <sup>2)</sup>
Erziehungs- wissenschaften	Aufbaustudium, Diplom	2	<b>150</b>	
Psychologie	grundständiges Studium, Diplom	4	300	-
Sozialwesen	FHS-Studium, Diplom	3	300	133 <sup>3)</sup>
Wirtschaft	FHS-Studium, Diplom	3	300	133 <sup>3)</sup>
Wirtschaftsingenieur	Aufbaustudium, Diplom	2	150	,-
Sozialpädagogik	Aufbaustudium, Diplom	2	120	-
Wirtschafts- und Sozialwissenschaft	Aufbaustudium, Diplom	2	200	<b>-</b>
Sport	Lehramt	3	50	5o <sup>2)</sup>
Mathematik/ Naturwissenschaften			910	200 <sup>2)</sup> .
davon: Mathematik/ Naturwissenschaften	Lehramt	3	200	2002)
Informatik	FHS-Studium, Diplom	3	150 .	-
Physiktechnik	FHS-Studium, Diplom	3	180	-
Chemietechnik	FHS-Studium Diplom	3	180	
Naturwissenschaften	Aufbaustudium, Diplom	2	200	-
Ingenieurwissenschaften			990	446 <sup>4</sup> )
davon: Bauwesen	FHS-Studium, Diplom	3	250	} 446 <sup>4)</sup>
Bauwesen (Wasserbau)	FHS-Studium, Diplom	3	200	}
Elektrotechnik	FHS-Studium, Diplom	3	270	-
Maschinenbau	FHS-Studium, Diplom	3	270	-
Summe			3.920	1.642
zusätzliche Planungsreserve Geisteswissenschaften	-	<u>-</u>	230	
Insgesamt			4.150	1.642

<sup>1)</sup> Nach dem Flächenrichtwert des Planungsausschusses.
2) Räume der ehemaligen Pädagogischen Hochschule.
3) In angemieteten Räumen in Lüneburg.
4) Verteilt auf die Standorte Buxtehude und Suderburg.
5) Abschluß für Lehramt an Realschulen als Aufbaustudium möglich.

Die Anmeldungen des Landes für Baumaßnahmen in Lüneburg wurden seit mehreren Jahren im wesentlichen unverändert fortgeschrieben. Nach den Anmeldungen zum neunten Rahmenplan betragen die Kosten der Vorhaben insgesamt rund 155 Millionen DM (Kostenschätzung Stand 1977, zum Teil früher). Hinzu kommen rund 20 Millionen DM für den ursprünglich geplanten Erwerb der "Handwerkskammer" und den Neubau für den Fachbereich Sozialwesen und Wirtschaft der Fachhochschule. Die Anmeldungen enthalten noch keine Vorhaben für die gegenwärtig in Buxtehude und Suderburg untergebrachten Fachbereiche.

#### III. 2. Standort

Die Planungen für die Gesamthochschule gehen von zwei rund 2 km auseinander gelegenen Standorten im Stadtgebiet bzw. am Rande des Stadtgebietes von Lüneburg aus. Die Gebäude der ehemaligen Pädagogischen Hochschule am Wilschenbrucher Weg sollen geisteswissenschaftliche Studiengänge aufnehmen (alter Standort). In der Nähe dieses Standortes lassen sich größere, zusammenhängende Baumaßnahmen aufgrund des Mangels an geeigneten größeren Freiflächen nicht realisieren. Aus diesem Grund sollen Neubauten für die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge auf einem neuen Standort "Schnellenberger Weg" errichtet werden. Auch der bereits in den Rahmenplan aufgenommene Neubau für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften soll auf diesem Gelände errichtet werden.

Nachdem ursprünglich eine Verlegung der Fachbereiche des Bauwesens von Buxtehude und Suderburg nach Lüneburg vorgesehen war, sehen die Planungen des Landes inzwischen vor, daß der Fachbereich Wasserbau in Suderburg verbleibt. Für den Fachbereich Architektur und Bauwesen (bisher Buxtehude) ist die Standortfrage noch nicht entschieden.

# IV. Stellungnahme zu dem vorgelegten Ausbaukonzept

Die Planungen für die Gesamthochschule Lüneburg sind vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Situation und der absehbaren Entwicklung der in der Region ansässigen Hochschuleinrichtungen zu sehen. Die rückläufigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Lehrer führen zu einem Rückgang der Zahl der Studienanfänger in den Lehramtsstudiengängen. Um die langfristige Existenz der Hochschule Lüneburg zu sichern, muß das Studienangebot umstrukturiert und durch attraktive Studiengänge erweitert werden.

Für die beiden aus ehemaligen Ingenieurschulen hervorgegangenen Fachbereiche Bauingenieurwesen der Fachhochschule Nordostniedersachsen stellt sich die Situation anders dar. Die unbefriedigende Auslastung insbesondere der Studiengänge in Buxtehude steht im Zusammenhang mit der Ausrichtung auf einen durch konjunkturbedingte Schwankungen der Beschäftigung besonders geprägten Wirtschaftsbereich (Bauwirtschaft). Die geringe Attraktivität der in Buxtehude ansässigen Fachbereiche hängt aber auch zusammen mit ihrer isolierten Lage und der auf längere Sicht unzureichenden Gebäudeausstattung. Dagegen ist die Auslastung des Fachbereichs in Suderburg zufriedenstellend. Der Fachbereich ist auf den Wasserbau spezialisiert, der in dieser Ausrichtung an anderen Fachhochschulen des Bundesgebietes nicht vertreten ist.

Die für Lüneburg geplanten Ausbaumaßnahmen müssen ebenfalls in einem größeren, überregionalen Zusammenhang gesehen und bewertet werden, der es ermöglicht, die Ausbaupläne benachbarter Hochschulen zu koordinieren und die jüngste sowie die in absehbarer Zeit zu erwartende Entwicklung in der Nachfrage nach Studienplätzen zu berücksichtigen.

IV. 1. Größenordnung der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg

Das Land Niedersachsen verfügt derzeit über einen Bestand von 69.000 bis 76.000<sup>1)</sup> flächenbezogenen Studienplätzen. Nach Fertigstellung aller zum neunten Rahmenplan angemeldeten Vorhaben wird sich der Gesamtbestand auf 82.000 bis 90.000 Studienplätze erhöhen. Dies ist eine Kapazitätsausweitung um etwa ein Fünftel, von der auf die Hochschulen in Lüneburg etwa 2.800 flächenbezogene Studienplätze<sup>2)</sup> entfallen sollen.

Niedersachsen gehört zu den Ländern, deren Ausbaustand vergleichsweise weit von den 1976 vom Planungsausschuß beschlossenen Zielzahlen entfernt ist<sup>3)</sup>, da das Land in den letzten Jahren die in den Rahmenplänen vorgesehenen Ausbauziele aus verschiedenen Gründen nicht realisieren konnte. Die zum neunten Rahmenplan angemeldeten Ausbauvorhaben, zu denen auch der Ausbau der Gesamthochschule Lüneburg gehört, bewegen sich innerhalb der für das Land festgelegten Zielzahl von 85.500 flächenbezogenen Studienplätzen.

Hinsichtlich der Zielzahlen, die auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur "Regionalen und fachlichen Strukturierung des weiteren Ausbauprogramms für die Hochschulen" zurückgehen, können allerdings die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen im Nachfrageverhalten der Studienberechtigten nicht unberücksichtigt bleiben. Seit mehreren Jahren sinkt allgemein der Anteil der Studienberech-

<sup>1)</sup> Berechnet nach den Flächenrichtwerten des Planungsausschusses. Die Studienplatzzahlen liegen tendenziell etwas niedriger, wenn die Überbelegung in der Medizin sowie die Tatsache berücksichtigt werden, daß das Land beim Flächenbestand bisher keine Abminderung in größerem Umfang vorgenommen hat.

<sup>2)</sup> Vgl. hierzu die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum neunten Rahmenplan für den Hochschulbau, Bd.4, S.N 15 f.

<sup>3)</sup> Vgl. Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum neunten Rahmenplan, Bd.1, S. 147.

<sup>4)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen und Stellungnahmen 1975. Köln 1976, S. 187 f.

tigten, die ein Hochschulstudium aufnehmen. Die Übergangsquote beträgt derzeit zwischen 70 und 75 % der Studienberechtigten 1). Diese vor wenigen Jahren noch nicht absehbare Entwicklung und die Unsicherheit über die Größenordnung der Übergangsquote in den 80er Jahren 2) können bei der Planung der Kapazitäten im Hochschulbereich nicht länger vernachlässigt werden. Dieser Sachverhalt ist zwingend und stellt zugleich an die Flexibilität der Planung und alle von ihr Betroffenen hohe Anforderungen. Zudem ist im Fall Lüneburg die Errichtung der Technischen Universität Hamburg-Harburg zu berücksichtigen.

Für den Ausbau der Hochschulen in Lüneburg wird geltend gemacht, daß die nördlichen Landesteile Niedersachsens - ebenso wie die westlichen - aus historischen Gründen über eine im Vergleich zur Bevölkerungszahl geringe Ausstattung mit Hochschuleinrichtungen verfügen. Im Interesse eines verbesserten regionalen Ausgleichs im Angebot an Studienplätzen sei daher ein Ausbau der Hochschulen in Nordniedersachsen sinnvoll. Die Auslastung der in Lüneburg geplanten Kapazitäten sei durch das regionale Potential an Studienanfängern gewährleistet, selbst bei einer Übergangsquote von nur 70 % der Studienberechtigten und wenn nur jeder fünfte Studienanfänger aus der Region ein Studium in Lüneburg aufnimmt. Diese zunächst zutreffenden Hinweise müssen gleichwohl durch eine großräumige Betrachtung ergänzt werden. Hier ist vor allem daran zu erinnern, daß bei der Wahl eines Hochschulortes für Studienanfänger Landesgrenzen unbedeutend sind, entscheidend wirken sich vielmehr die verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen von Oberzentren mit dem regionalen Umfeld aus. Für den vorliegenden Fall muß davon ausgegangen werden, daß die westlichen und nördlichen Kreise Nordostniedersachsens nach Hamburg hin orientiert sind, während

<sup>1)</sup> Vgl. Empfehlungen zum neunten Rahmenplan, Bd.1, S.30 und S.39.

<sup>2)</sup> Vgl. Empfehlungen zum neunten Rahmenplan, Bd.1, S.39 f.

die südlichen und westlichen Kreise zum Einzugsgebiet von Hannover und Braunschweig gehören. Diese wirtschaftlichen Oberzentren verfügen jeweils über große ausgebaute Hochschulen.
Von überregionaler Bedeutung für die Studienanfänger aus Nordostniedersachsen sind ferner die Berliner Hochschulen und die
Fachhochschulen in Lübeck und Wedel. Die Versorgung Nordostniedersachsens mit Studienplätzen kann daher als durchschnittlich bis gut gelten.

In dieselbe Richtung weist, daß in diesem Gebiet die Bildungsbeteiligung 1) dem Landesdurchschnitt entspricht. Es ist deshalb nicht damit zu rechnen, daß vom Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg quantitativ bedeutsame Einflüsse auf das Studentenaufkommen der Region ausgehen werden. Der Ausbau kann daher mit dem Argument des regionalen Bedarfs an Studienplätzen allein nicht überzeugend begründet werden.

## IV. 2. Fächerstruktur des geplanten Studienangebots

In der Planung für die Gesamthochschule Lüneburg haben die dreijährigen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge
ein besonderes Gewicht. Abgesehen von den naturwissenschaftlichen Fächern und deren Fachdidaktiken an der ehemaligen Pädagogischen Hochschule und den Fachbereichen des Bauwesens der
Fachhochschule sind diese Fächergruppen bisher in Lüneburg
nicht vertreten. Zugleich sind an einigen benachbarten Hochschulen beträchtliche Ausweitungen in der Kapazität des Studienangebots in diesen beiden Fächergruppen vorgesehen. Zudem sind
gerade in diesen Fächergruppen bereits die vorhandenen Studienplätze nicht voll ausgelastet.

Insgesamt sind in Niedersachsen (einschließlich Lüneburg) bis 1983 1.100 neue naturwissenschaftliche und 2.200 neue ingenieur-

<sup>1)</sup> Z.B. gemessen an der Relation "Studenten je 1.000 der 20- bis 25jährigen Einwohner".

wissenschaftliche Studienplätze an den Fachhochschulen geplant. (Bestand 1978: Naturwissenschaften keine Studienplätze, Ingenieurwissenschaften 5.500 Studienplätze.) An den Universitäten soll sich die Zahl der Studienplätze in den Naturwissenschaften bis 1983 von gegenwärtig 11.400 auf 14.600 erhöhen.

Die Auslastung und die Kapazitätserweiterungen an den benachbarten Hochschulen in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen lassen es zweifelhaft erscheinen, ob ein zusätzliches Lüneburger Angebot in diesen Studiengängen ausreichend Studienanfänger finden wird<sup>1)</sup>, wenn es nicht gelingt, geeignete fachliche Schwerpunkte auszuweisen, die den Standort Lüneburg überregional attraktiv machen können und insgesamt ein größerer Anteil der Studienanfänger sich einem naturund ingenieurwissenschaftlichen Studiengang zuwendet. Diese Bedenken gelten insbesondere für die geplanten Studiengänge Maschinenbau und Elektrotechnik, zumal die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur der Region Lüneburg keine günstigen Standortvoraussetzungen für eine Neugründung dieser klassischen Ingenieurdisziplinen bietet.

# IV. 3. Struktur des geplanten Studienangebots

Der für Lüneburg vorgesehene Studienaufbau, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, begegnet Bedenken. Nach den mit dem Y-Modell an den nordrhein-westfälischen Gesamthochschulen gewonnenen Erfahrungen entstehen Probleme, wenn in einem längeren gemeinsamen Grundstudium sowohl die Zielsetzung eines berufsqualifizierenden Abschlusses nach einem dreijährigen Studiengang als auch die Zielsetzung der Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Diplomstudium (naturwissenschaftlichmathematisches Grundstudium) verfolgt werden.

Vgl. auch die mit den Industrie- und Handelskammern Hamburg, Kiel, Lüneburg und Stade abgestimmte Erklärung der Industrieund Handelskammer zu Lübeck "Zur Situation und weiteren Entwicklung der technischen Fachhochschulen im Unterelbe-Ostsee-Raum", Lübeck 1979.

Nach den vorliegenden Planungen ist in Lüneburg ein Verhältnis von 355 Plätzen für Studienanfänger im Aufbaustudium zu 700 Plätzen im Grundstudium vorgesehen 1). Dieses Verhältnis kann dazu führen, daß der Abschluß der kürzeren Studiengänge nicht als Berufseintrittsqualifikation angesehen und an Bedeutung verlieren wird. Dies gilt insbesondere für die neu eingerichteten Studiengänge Wirtschaft und Sozialwesen, für die nach den Planungen für jeden Absolventen der dreijährigen Studiengänge ein Studienplatz im Aufbaustudium vorgesehen ist. In Anlehnung an frühere Empfehlungen spricht sich der Wissenschaftsrat dafür aus, in Lüneburg den kürzeren Studiengängen Priorität einzuräumen 2). Darauf sollten sich auch die Planungen konzentrieren.

Der geplante Studiengang Psychologie ist als grundständiger achtsemestriger Diplomstudiengang vorgesehen, er soll das bisher mit Ausnahme des Studiengangs Pädagogik auf den Lehrerberuf ausgerichtete Studienangebot erweitern. Dieser Studiengang würde die Gesamtkapazität an Studienplätzen im harten Numerus clausus-Fach Psychologie erhöhen. Die Hochschule erhofft sich von dieser Disziplin auch fruchtbare Auswirkungen auf die Ausbildung der Sozialpädagogen. So ist ein für Psychologen und Sozialpädagogen gemeinsamer Teilstudiengang "Sozialtherapie" vorgesehen.

<sup>1)</sup> Ohne Lehramtsstudiengänge, Psychologie und Aufbaustudiengang Erziehungswissenschaften.

<sup>2)</sup> Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Köln 1978, S. 133.

Der Wissenschaftsrat verweist darauf, daß für die Ausbildung in einem grundständigen Studiengang von acht Semestern im Fach Psychologie umfangreiche personelle und investive Maßnahmen erforderlich sind, um die fachlichen Grundlagen in der notwendigen Differenzierung zu schaffen. Diese Infrastruktur ist in Lüneburg nicht vorhanden und sollte entsprechend den Überlegungen des Wissenschaftsrates in der notwendigen Breite auch nicht geschaffen werden. Die Psychologie soll nach den Vorstellungen des Landes in Lüneburg der einzige grundständige Langzeitstudiengang sein. Es würde demnach die Einbettung in ein wissenschaftliches Umfeld voll ausgebauter Geistes- und Naturwissenschaften fehlen. Dies muß sich sowohl beim Aufbau des Faches selber wie bei den für den Studiengang erforderlichen Dienstleistungen negativ auswirken.

Über diese generellen Bedenken hinaus ist aber noch zu berücksichtigen, daß der Ausbau der Psychologie mit einem besonderen Schwerpunkt, der Sozialtherapie, erfolgen soll. Dies erscheint aus zwei Gründen problematisch: Einmal ist die Sozialtherapie ihrer Zielsetzung nach ein neues Anwendungsfeld im Grenzbereich zwischen klinischer Psychologie und Sozialpädagogik. Die wünschenswerte wissenschaftliche Entwicklung in diese neue Richtung benötigt die Fundierung, Anregung und Kritik von anderen Teildisziplinen der Psychologie, so daß sie sicher aus einem voll ausgebauten psychologischen Institut heraus besser erfolgt. Erschwerend kommt hinzu, daß der nach den Planungen unerläßliche Aufbau der klinischen Psychologie ohne Kontakt mit medizinischen Forschungs- und Ausbildungsstätten und einschlägigen Kliniken erfolgen müßte. Hier erscheint eine lediglich sozialtheoretische Orientierung zu einseitig, da diese für das Verständnis und zum Hilfeangebot bei sozialen Störungen und Behinderungen nicht ausreicht.

Aus den erwähnten Gründen ergibt sich, daß der Ausbau der Psychologie, wie er jetzt vorgesehen ist, nicht empfohlen werden kann. Das Fach Psychologie soll damit am Standort Lüneburg jedoch nicht ausgeschlossen werden. An der Ausbildung der Lehramtsstudenten und der Studenten im Studiengang Pädagogik bleibt es weiterhin beteiligt.

Unter den gegebenen Umständen sieht sich der Wissenschaftsrat zum gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb nicht in der Lage, den für die Hochschuleinrichtungen in Lüneburg vorgelegten Ausbauplanungen in vollem Umfang zuzustimmen. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf seine bereits in früheren Stellungnahmen zum Ausbau der Hochschulen in Niedersachsen (zuletzt in den Empfehlungen zum neunten Rahmenplan, Band 4, S. N 20) dargelegten Auffassung, "daß der Ausbau der Hochschulen nicht auf breiter Front gleichzeitig in Angriff genommen werden kann. Neben dem Ausbau der Fachhochschulen muß der Ausbau der Universitäten in Oldenburg und Osnabrück jedenfalls bis zu jenem Punkt Vorrang haben, der ihre Arbeitsfähigkeit sichert".

### IV. 4. Ausbauziele und Studiengänge

Der Wissenschaftsrat stimmt mit dem Land überein, daß in Lüneburg eine Umstrukturierung und Ergänzung des Fächerangebots notwendig ist. Diese Maßnahmen sollten jedoch vom vorhandenen Studienangebot ausgehen und sich zunächst auf ein durch die Schwerpunkte Lehrerausbildung und kürzere Studiengänge unter Einbeziehung von Fachhochschul-Studiengängen geprägtes Ausbildungsangebot konzentrieren.

Das Land unterhält gegenwärtig Ausbildungskapazitäten für Lehrer an allen wissenschaftlichen Hochschulen. Die durch die veränderte Nachfrage nach Lehrern notwendige Reduzierung und Umwidmung von Kapazitäten sollte nicht an allen Hochschu-

len im gleichen Ausmaß durchgeführt werden. Eine solche Entwicklung würde zu einem unwirtschaftlichen Mitteleinsatz führen und die längerfristige Existenz der Hochschulen Hildesheim und Lüneburg gefährden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, an den zum Teil überlasteten niedersächsischen Universitäten Göttingen, Hannover und Braunschweig die Ausbildungskapazität für Grund- und Hauptschullehrer stärker zu reduzieren. Es ist auch zu prüfen, ob an einzelnen Universitäten die Ausbildung für bestimmte Lehrämter eingestellt werden sollte. Umstrukturierungsmaßnahmen und Kapazitätseinschränkungen sind an diesen großen Hochschulen wegen des kleineren Anteils der Lehrerausbildung und der Breite des übrigen Fächerspektrums eher durchführbar, als an den aus Pädagogischen Hochschulen hervorgegangenen Hochschulen in Lüneburg und Hildesheim. Diese beiden Hochschulen könnten durch Kapazitätseinschränkungen in den Fächern der Lehrerausbildung an den anderen südniedersächsischen Hochschulen in die Lage versetzt werden, ihre Kapazitäten weiter in vollem Umfang für die Lehrerausbildung zu nutzen sowie gegebenenfalls auszuweiten und sich als erziehungswissenschaftliche Hochschulen zu profilieren.

Eine derartige Entwicklung würde durch die Einrichtung bisher nicht vertretener Fächer und die Ausstattung der Hochschule mit den für eine anspruchsvolle pädagogische Forschung notwendigen personellen und sächlichen Mitteln unterstützt werden. Auch wäre zu prüfen, wie die Hochschule sich stärker der Lehrerfortbildung annehmen kann.

Neben diesen auf eine auch längerfristig befriedigende Nutzung der in Lüneburg vorhandenen Lehrerausbildungskapazitäten abzielenden Maßnahmen sollte überlegt werden, das bisher fast ausschließlich auf den Lehrerberuf ausgerichtete Studienangebot auch für außerschulische Tätigkeitsgebiete zu öffnen. In den Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots hat

der Wissenschaftsrat hierzu Vorschläge entwickelt 1). Es ist zu überlegen, wie unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten das Studienangebot der Hochschule Lüneburg erweitert werden kann. So könnte z.B. in Zusammenarbeit mit dem an der Fachhochschule bereits eingerichteten Fachbereich Wirtschaft ein Studiengang Sprachen-Wirtschaft entwickelt werden.

An der Fachhochschule ist mit der Einrichtung der Studiengänge Wirtschaft und Sozialwesen eine Erweiterung des Fächerangebots vorgenommen worden. Diese Fachbereiche sind bisher noch in nur übergangsweise nutzbaren angemieteten Fabrikgebäuden unzureichend untergebracht. Daher sollten die für diese Fachbereiche vorgesehenen Investitionsmaßnahmen möglichst rasch erfolgen.

Als weiterer Schritt erscheint die Einrichtung eines neuen Studiengangs Informatik wünschenswert, der in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Wirtschaft auf dem Schwerpunkt Wirtschaftsinformatik ausgerichtet werden sollte. Die für einen Studiengang Technische Informatik notwendigen ingenieurwissenschaftlichen Grundlagenfächer sind in Lüneburg bisher nicht vorhanden. Der Studiengang Informatik wird zur Zeit in Norddeutschland nur an den Fachhochschulen Wedel, Hamburg (Technische Informatik) und Braunschweig-Wolfenbüttel angeboten. Es bestehen daher Aussichten auf eine ausreichende Ausnutzung neuer Studienplätze im Fach Informatik an Fachhochschulen.

Der Wissenschaftsrat mißt den obengenannten Maßnahmen Priorität bei. Er hält es darüber hinaus für denkbar, das Angebot an Fachhochschulstudiengängen mittelfristig zu erweitern. Zu prüfen wäre beispielsweise, inwieweit im Bereich des Bauwesens ein Ausbau des derzeitigen Studienangebots möglich ist, sei es durch neue Schwerpunktsetzung innerhalb bestehender Studien-

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Differenzierung des Studienangebots. Köln 1978. Abschnitt E. Fächer der Pädagogischen Hochschulen, S. 117 ff.

gänge oder durch Spezialisierungen auf bestimmte Aufgabengebiete. Solche Planungen hätten allerdings die Verlagerung der am Standort Buxtehude angesiedelten Fachhochschuleinrichtungen nach Lüneburg zur Voraussetzung.

In den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern läßt sich die Einrichtung neuer Studiengänge und die damit verbundene Ausweitung des Angebots an Studienplätzen - unter Vernachlässigung allgemeiner Kapazitäts- und Bedarfsüberlegungen gegenwärtig nur dann vertreten, wenn begründet angenommen werden kann, daß die neuen Studienplätze aufgrund ihrer besonderen fachlichen Ausrichtung nachgefragt werden. Solche Bedingungen sind in Lüneburg zur Zeit nicht erkennbar. In den Studiengängen Maschinenbau und Elektrotechnik, die konventionellen Konzeptionen folgen, bestehen gegenwärtig Kapazitätsreserven an benachbarten Hochschulen, zum Teil sind Erweiterungen geplant. Die Frage der weiteren Ergänzung des Studienangebots in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern wird daher vom Wissenschaftsrat zunächst zurückgestellt. Eine erneute Prüfung dieser Frage setzt die Überarbeitung der vorgelegten Planungen durch das Land voraus, wobei die besondere Attraktivität der in Lüneburg einzurichtenden Studienplätze durch geeignete fachliche Spezialisierungen auszuweisen wäre.

Die geplante Verlagerung des Standortes Buxtehude steht hierzu in engem Zusammenhang. Ein Standortwechsel der jetzigen Fachhochschulabteilung von Buxtehude nach Lüneburg erscheint sinnvoll, wenn gleichzeitig ein neuartiges und tatsächlich nachgefragtes zusätzliches technisches Studienangebot entwickelt wird. Die Verlagerung wird zwingend, wenn unter den obengenannten Voraussetzungen ein Ausbau des Studienangebots bei den dreijährigen ingenieurwissenschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Studiengängen für Lüneburg empfohlen werden kann.

In einigen Jahren kann die Entwicklung des Fachhochschulsektors insbesondere hinsichtlich der in Lüneburg geplanten Studiengänge vielleicht besser beurteilt werden. Nicht auszuschließen ist, daß sich künftig ein höherer Anteil der Studienbewerber einem ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Studiengang zuwendet. Auch wird erkennbar sein, inwieweit die vorliegenden Ausbauplanungen für andere Hochschulen tatsächlich realisiert werden und wie sich damit das Gesamtangebot an Studienplätzen entwickelt. Die Planung neuer Studiengänge in Lüneburg sollte die an benachbarten Hochschulen vorhandenen Kapazitäten und deren Auslastung in Rechnung stellen. Bei der Entwicklung von Konzeption und Inhalt technischnaturwissenschaftlicher Studiengänge erscheint es auch notwendig, Vertreter des Beschäftigungssystems zu beteiligen. Dabei kommt den in der Region ansässigen Wirtschaftsbetrieben und Dienstleistungsinstitutionen eine besondere Rolle zu.

Im übrigen erscheint es nicht sinnvoll, zur Zeit in Lüneburg in großem Ausmaß wissenschaftliche Ergänzungsstudiengänge einzurichten. Dies schließt aber nicht aus, in Einzelfällen, in denen ein Bedarf seitens des Arbeitsmarktes erkennbar ist, Ergänzungs- und Vertiefungsstudiengänge, die zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluß führen, anzubieten. Entsprechende Planungen sollten mit den betroffenen Fächern der benachbarten wissenschaftlichen Hochschulen abgestimmt werden und gegebenenfalls die Nutzung dort vorhandener Kapazitäten vorsehen. Es sollte aber nicht Ziel solcher auf ein Fachhochschulstudium aufbauender Ergänzungs- und Vertiefungsstudien sein, die Abschlüsse wissenschaftlicher Langzeitstudiengänge zu erreichen.

#### IV. 5. Modellversuch Gesamthochschule

Vom Land ist als organisatorischer Rahmen für die Zusammenarbeit der bisher institutionell und zum Teil auch räumlich
getrennten Hochschulen eine Gesamthochschule vorgesehen. Diese Organisationsform soll die fachliche Zusammenarbeit und das
Angebot abgestimmter, aufeinander bezogener Studiengänge in
Lüneburg erleichtern und die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen, wie Verwaltung, Bibliothek, Mensen sowie Lehr- und
Forschungsräumen, verbessern.

Das Land will mit dem Modellversuch klären, ob die vorgesehene Organisationsform der Gesamthochschule die zweckmäßigste Lösung für die Zusammenarbeit der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg darstellt. Nach Beendigung wird entschieden werden, ob an die Stelle dieser Form eine kooperative Gesamthochschule oder das Zusammenwirken rechtlich selbständiger Hochschulen für die Realisierung des Studienangebots vorzusehen ist.

Der Wissenschaftsrat verweist in diesem Zusammenhang auf frühere Empfehlungen, daß bei der Umstrukturierung des Lehrangebots "inhaltliche Änderungen Priorität genießen sollten. Institutionelle Veränderungen sollten erst dann vorgenommen werden, wenn die sachlichen Gegebenheiten dies erfordern und erlauben" 1).

Im Falle der Einrichtung des Modellversuchs sollten die Fragestellungen, denen mit dieser Organisationsform nachgegangen werden soll und die Kriterien, anhand derer die spätere Entwicklung beurteilt werden soll, festgelegt werden. Dabei muß gewährleistet sein, daß die kürzeren Studiengänge in ihrem bisherigen Umfang erhalten bleiben. Außerdem muß dafür Sorge getragen werden, daß durch die Investitionen und in organisatorischen

<sup>1)</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu Umfang und Struktur des Tertiären Bereichs. Köln 1976, S. 83.

Detailregelungen im Modellversuch die spätere Entscheidung zugunsten einer bestimmten Organisationsform nicht vorweggenommen wird. Zum Wesen des Modellversuchs gehört, daß er endgültige Entscheidungen offen läßt.

#### IV. 6. Standort

Das Land hat die Möglichkeiten des Erwerbs von Gelände in der Nähe des bisherigen Hochschulstandortes "Wilschenbrucher Weg" geprüft. Dabei hat es sich gezeigt, daß ausreichend Gelände für größere, zusammenhängende Baumaßnahmen in der Nähe dieses Standortes nicht zur Verfügung steht. Wegen der hohen Kaufpreisforderungen hat es auch auf den ursprünglich geplanten Erwerb der Gebäude der Handwerkskammer verzichtet. Das Land strebt nunmehr an, möglichst alle Neubauten auf dem als Erweiterungsgelände vorgesehenen zweiten Hochschulstandort "Schnellenberger Weg" zu errichten.

Unter der Voraussetzung, daß alternative Flächen in der Nähe des alten Hochschulstandortes nicht zur Verfügung stehen, wird diesen Planungen zugestimmt. Der zweite Standort am Schnellenberger Weg erscheint vertretbar, wenn möglichst alle beabsichtigten Baumaßnahmen auf diesem Gelände untergebracht werden. Zur Steigerung der Attraktivität des Lüneburger Hochschulstandortes wird es ferner notwendig sein, daß die komplementären Infrastrukturinvestitionen, wie z.B. Mensa, Bibliothek, Verwaltung, Aufenthalts- und Sozialräume und Sportmöglichkeiten am Standort Schnellenberger Weg mit dem Ausbau der dort vorgesehenen Fachbereiche geschaffen werden.

V. Empfehlungen zum Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg

Auf der Grundlage der vorgenannten Überlegungen ist der Wissenschaftsrat zu folgenden Empfehlungen zum Ausbau der Hochschuleinrichtungen in Lüneburg gekommen:

- Die Hochschuleinrichtungen am Standort Lüneburg sind zu erhalten und zu auf Dauer lebensfähigen Einrichtungen weiter zu entwickeln. Unter Beachtung der vorhandenen Kapazitäten und der kürzerfristig realisierbaren und als empfehlenswert angesehenen Planungen für neue Studiengänge wird gegenwärtig der Ausbau auf eine Größenordnung von etwa 2.500 Studienplätzen empfohlen. In diesem ersten Abschnitt ist die Verlagerung der bisher in Buxtehude ansässigen Fachbereiche und deren angemessene Ausstattung enthalten.
- Längerfristig ist unter optimalen Rahmenbedingungen der Entwicklung eines geeigneten Studienangebots und einer entsprechenden Nachfrage nach Studienplätzen in Lüneburg ein weiterer stufenweiser Ausbau denkbar.
- Um einen zügigen Ausbau sicherzustellen, empfiehlt der Wissenschaftsrat eine vorbehaltlose Aufnahme des Grunderwerbs am neuen Standort Schnellenberger Weg in den Rahmenplan.
  Weiter wird das Land gebeten, erste Baumaßnahmen und Infrastrukturvorhaben, die auf die schrittweise Ausbauplanung abgestimmt sind, zum zehnten Rahmenplan anzumelden.
- Unter Hinweis auf die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum geplanten Studienangebot wird das Land um die Vorlage eines überarbeiteten Studienangebots gebeten. Im Rahmen dieser Überarbeitung sollte auch die Einrichtung von Langzeitstudiengängen sorgfältig geprüft werden.